

Beschluss der Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag **10-Punkte-Agenda zur Rettung der Wälder**

Wälder sind Chancen für Menschen, für das Klima und für die Wirtschaft. Sie sind multifunktional. Heutige Wälder werden bereits seit Jahrhunderten nachhaltig bewirtschaftet – sie bilden weite Teile unserer naturnahen Wälder. Kein anderer Wirtschaftszweig als die Forst- und Landwirtschaft ist in der Lage, CO₂ nicht nur zu emittieren, sondern insbesondere durch Aufforstung gleichzeitig auch zu binden.

Wälder sind der Garant für 1,1 Millionen Arbeitsplätze in Deutschland. Der deutsche Wald besitzt einen ständig nachwachsenden Holzvorrat von 3,7 Milliarden Kubikmetern Holz – Jahr für Jahr werden 76 Millionen Kubikmeter Rohholz in Deutschland genutzt. Und die Wälder wachsen: 32 Prozent Deutschlands sind heute mit Wäldern bedeckt – das sind insgesamt mehr als 11,4 Millionen Hektar.

Bedeutende Wirtschaftszweige sind die Zellstoff- und Papierindustrie, die Möbelindustrie, das Holzbauwesen und das Holzhandwerk. Regionale und nachhaltige Holzprodukte werden von den klimabewussten Menschen in unserem Land immer stärker nachgefragt.

Neben der Eigenschaft als Rohstofflieferant gehört die Erholungsfunktion der Wälder zu den Haupteigenschaften. Im Bundeswaldgesetz wird der hohe Stellenwert gesetzlich ausdrücklich normiert. Menschen sollen in Wäldern zur Ruhe finden, Natur erleben und Sport treiben können. Wir Freie Demokraten stehen daher auch zum grundsätzlichen Betretungsrecht der Wälder.

Ein Hektar Wald speichert bis zu 3 Millionen Liter Wasser, die Humusvorräte im Wald bilden einen gigantischen CO₂-Speicher und Wälder filtern Schadstoffe aus der Luft. Für unsere Lebensqualität und den Schutz der Artenvielfalt ist der Erhalt der Wälder von unschätzbarem Wert.

Unsere Wälder sind erheblichen Gefahren ausgesetzt. Stürme, Trockenheit, Schädlingsbefall und Waldbrände haben in den vergangenen Monaten Tausende Hektar Wald vernichtet. Nadelhölzer waren zuletzt besonders stark betroffen. Der Anteil des Nadelwaldes beträgt derzeit rund 56 Prozent. Durch den nachhaltigen Waldbau wird sich das Verhältnis von Nadelwäldern zu Laub- und Mischwäldern umkehren. Denn Nadelbäume wie die Fichte sind weniger robust gegenüber langanhaltenden Trockenphasen.

Um dennoch den weiterhin großen Anteil an Nadelwäldern klimastabil zu gestalten, ist der Anbau von robusteren, weniger krankheitsanfälligeren Baumarten wie der Douglasie oder anderer nordamerikanischer Baumarten notwendig, deren Holzverwendung unproblematisch ist.

Der Umbau unserer Wälder braucht Zeit. Es sind 30 bis 40 Jahre notwendig, eine andere Baumartenzusammensetzung zu etablieren.

10-Punkte-Agenda für den Schutz der Wälder

1. Waldumbau innovativ statt ideologisch fortführen

Wir brauchen gesunde Wälder. Das ist kein Selbstläufer – wir Freie Demokraten sind überzeugt, dass wir unsere Wälder durch gezielte Maßnahmen erhalten können. Langfristig muss ein Waldumbau stattfinden, der den Veränderungen durch den Klimawandel Rechnung trägt. Dieser Prozess läuft bereits. Bei jeder Aufforstung wird die klimatische Entwicklung berücksichtigt. Standortangepasste Mischungen von Baumarten bieten dabei den besten Ansatz.

Den Waldumbau erreichen wir nicht mit Verboten, sondern nur durch Nutzung modernster und bodenschonender Technik. Wir setzen bei der Waldbewirtschaftung auf neueste naturschonende Innovationen statt auf rückwärtsgewandte Technikverbote. Entsprechend sollte auch im Bereich der Forschungsförderung ein Schwerpunkt auf Innovationen bei der naturnahen Waldbewirtschaftung gesetzt werden. Es muss dabei möglich sein, auch Arten, die vor der Eiszeit in Deutschland vorhanden waren, wieder vermehrt einzusetzen. Versuche mit resistenteren und genetisch modifizierte Varianten von Baumarten sind zu prüfen.

2. Umfassendes Waldmonitoring einführen

Grundlage für eine nachhaltige Waldwirtschaft sind verlässliche Informationen über den Zustand der Wälder. Das derzeitige zehnjährige Intervall der Bundeswaldinventur halten wir Freie Demokraten für zu groß. Nachhaltige Veränderungen in den Wäldern spüren wir bereits nach zwei trockenen Sommern. Mehraufwendungen sollen durch Umschichtungen im Etat finanziert werden. Die Bundesländer sollten zudem angehalten werden, die Forsteinrichtungsinventuren in kürzeren Intervallen zu tätigen und die Auswirkungen von waldbaulichen Anpassungen zu prüfen.

Darüber hinaus fordern wir Freie Demokraten ein bundesweites Waldschadenmonitoring durch die Länder, welches kontinuierlich einheitliche Parameter wie Sturmschäden, Waldbrände oder Schädlingsbefall überwacht. Dadurch müssen auch Klimaschäden dokumentiert werden, für die Waldbesitzer sicher nicht verantwortlich sind. Zudem können langfristige Prognosen zur Waldentwicklung erstellt und eine permanente Bewertung der Regenerationsfähigkeit unserer Wälder abgegeben werden.

3. Waldbrände effektiv bekämpfen

Eine besondere Herausforderung durch langanhaltende Trockenperioden stellt die Bekämpfung von Waldbränden dar. Deutschland ist auch nach Einschätzung des „Global Fire Monitoring Centre“ unzureichend auf Waldbrände vorbereitet. Es fehlen vor allem die nötige technische Ausrüstung und die spezifische Ausbildung von Feuerwehrkräften. Um Waldbränden in Zukunft vorzubeugen und sie besser zu bekämpfen fordern wir Freie Demokraten:

- Waldbesucher sollen deutlicher auf die Verhaltensempfehlungen zu den jeweiligen Waldbrandgefahrenstufen hingewiesen werden. Insbesondere müssen Hinweise auch auf munitionsbelastete Gebiete sowie den dadurch entstehenden besonderen Gefahren hingewiesen werden. Eine Harmonisierung der vorhandenen Waldwegegebote und anderen Verhaltensregelungen unter den Ländern in Zuordnung auf die Waldbrandgefahrenstufen halten wir Freie Demokraten im Sinne der Rechtsklarheit für sinnvoll.
- Im Waldbrandfall muss schnell gelöscht werden können. Feuerwehren brauchen Löschteiche und ausreichend Löschfahrzeugwege, um schnell an Brandherde heranfahren zu können: Im Rahmen der Wiederaufforstung zerstörter Waldflächen des Bundes fordern wir daher, die Gelegenheit zu nutzen, in Abstimmung mit den Kommunen eventuelle Defizite bei der Aufforstungsplanung zu berücksichtigen.
- Um Waldbrände auch effektiv dort zu bekämpfen, wo Löschzüge am Boden nicht hinkommen, etwa in munitionsbelasteten Gebieten, brauchen die Feuerwehren schnelle Unterstützung aus der Luft. Derzeit ist man auf die Amtshilfe durch die Bundespolizei und die Bundeswehr angewiesen, durch die oftmals wertvolle Zeit verloren geht. Das darf kein Dauerzustand sein, zumal eine schnelle Brandbekämpfung eine weiträumige Ausbreitung von Waldbränden verhindert. Der Bund sollte für die Amtshilfe bei der Brandbekämpfung in den Ländern daher bereits mittelfristig über ausreichend einsatzbereite Löschhubschrauber verfügen. Diese sollten bundesweit strategisch so positioniert sein, so dass binnen kürzester Zeit jeder Einsatzort erreicht werden kann. Bei der Beschaffung von Hubschraubern sollen die Länder und der Bund künftig zudem vorsehen, dass Löschwasser schnell und ohne zeitaufwendige Umbauarbeiten transportiert werden kann. Im Katastrophenfall sollte jeder Transport- und Mehrzweckhubschrauber des Bundes und Länder potentiell als Löschhubschrauber genutzt

werden können. Es sollte die Beschaffung von Löschpanzern geprüft werden. Gegebenenfalls sind auch gepanzerte Fahrzeuge auf eine Umrüstung zum Löschpanzer hin zu untersuchen, die dann bei der Bundeswehr vorzuhalten sind. Außerdem müssen die Schnittstellen der technischen und zivil-militärischen Zusammenarbeit verstärkt werden. Dabei sind Doppelstrukturen und unnötige Bürokratie zu vermeiden.

- Der Bund muss an der Einrichtung einer europäischen Löschflugzeugflotte im Rahmen von rescEU mitwirken. Deutschland wäre wegen der zentralen Lage in Europa gut als ein Stützpunkt für eine Flotte von Löschflugzeugen geeignet.
- Im Rahmen zur Verfügung stehender Haushaltsmittel muss sich der Bund zudem an der spezifischen Ausbildung von Feuerwehrkräften zur Bekämpfung von Waldbränden beteiligen. Dies ist ein Gebot der Fairness, da zahlreiche Waldflächen, vor allem solche mit Munitionsbelastung, im Eigentum des Bundes sind. Auch sollte der Bund im Rahmen zur Verfügung stehender Mittel künftig verstärkt die präzise Erfassung von munitionsbelasteten Gebiete sowie die Beseitigung von Munitionsresten in den Wäldern vorantreiben, um künftigen Löscheinsätzen im Wald vorzubeugen. Zudem ist es dringend erforderlich, Übungen zwischen Polizei, Feuerwehren oder dem Technischen Hilfswerk und der Bundeswehr durchzuführen.

4. Waldrodungen vermeiden – Brachflächen aufforsten

Zum Schutz der Wälder gehört auch, Rodungen weitestgehend zu vermeiden. Durch die Förderung der Windenergie im Rahmen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes wurden ökologisch nicht sinnvolle Waldrodungen erst wirtschaftlich gemacht. Wir Freie Demokraten halten das inmitten von Wäldern für falsch. Windenergieanlagen können außerhalb und am Rande von Wäldern errichtet werden – die Struktur eines Waldes durch auf Dauer angelegte Zuwegungen, Fundamente und Windenergieanlagen wollen wir nicht gefährden. Ebenso wollen wir – mit Ausnahme bereits planfestgestellter Maßnahmen – auch keine Waldrodungen mehr für die Gewinnung von Energie mittels fossiler Energieträger zulassen.

Im Rahmen zur Verfügung stehender Haushaltsmittel halten wir Freie Demokraten zudem die Aufforstung vorhandener Brachflächen für eine geeignete Maßnahme, um verstärkt CO₂ hierzulande im Boden sowie in Bäumen zu binden.

5. Waldbewirtschafter unterstützen und beraten

Damit Waldbauern im Schadensfall schnell und einfach geholfen werden kann, setzen wir Freie Demokraten uns für eine Novellierung des Forstschädenausgleichsgesetzes ein. Dieses zum Teil nicht mehr europarechtskonforme Gesetz muss generalüberholt werden. Waldbauern soll bei Großschadensereignissen wie Stürmen, langanhaltender Trockenheit oder Schädlingsbefall schnell und ohne Verzögerung geholfen werden. Die im Steuerrecht vorgesehene Möglichkeit, ermäßigte Steuersätze zu gewähren, muss seitens der Bundesregierung konsequenter genutzt werden. Diese Tarifbegünstigung ist bereits von Amts wegen höchstmöglich zu gewähren. Darüber hinaus muss der Aufbau und die Inanspruchnahme einer steuerfreien Risikoausgleichsrücklage den Waldbauern unbürokratisch und einfach möglich sein.

Die Betreuung der Landeswälder und die Beratung von Waldbesitzern und forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen müssen gestärkt werden. Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz wollen wir durch entsprechende Umschichtungen darauf hinwirken, dass der klimaplastische Waldbau durch Aufforstungsprogramme finanziell unterstützt wird, um die Langfristigkeit und Nachhaltigkeit der forstlichen Produktion sicherzustellen.

6. Innovationen nutzen

Die Digitalisierung aller Lebensbereiche muss auch in unseren Wäldern nutzbar gemacht werden. In vielen Wäldern fehlt zur Zeit nicht nur ein mobiles Breitbandnetz – häufig ist die Verbindungsqualität noch nicht einmal zum Telefonieren geeignet. Der Ausbau des mobilen Breitbandnetzes bietet auch im Wald riesige Chancen. So könnten große Mengen Daten über den Zustand von Bäumen und Wäldern schnell erfasst werden. Denkbar ist, dass auf diese Weise Anwendungen der Künstlichen Intelligenz helfen, die Waldbewirtschaftung einfacher zu machen. Darüber hinaus wird auch die Alarmierung von Einsatzkräften bei Unfällen und Waldbränden schneller und einfacher, wenn das Mobiltelefon im Wald eine Verbindung zum Internet aufbaut.

Um klimaplastische Baumarten zu züchten, wollen wir Freie Demokraten mehr Mittel in die Forschung investieren. Der Klimawandel und dessen Geschwindigkeit machen es erforderlich, etablierte Baumarten schneller den veränderten Umweltbedingungen in den Wäldern anzupassen. Zudem steigen die Anforderungen: Sie sollen möglichst viel Wasser speichern, große Mengen CO₂ binden und widerstandsfähig sein. Um die Summe dieser Zuchtziele zu erreichen, braucht es ein innovationsfreundliches Regulierungsumfeld, das die Chancen und Risiken sämtlicher Züchtungsmethoden ideologiefrei betrachtet und bewertet. Vor

diesem Hintergrund fordern wir eine Überarbeitung des europäischen Gentechnikrechts.

Jährlich werden tausende Hektar Wald gekalkt, um eine Bodenversauerung in Wäldern mit einem zu niedrigem pH-Wert im Boden zu vermeiden. Längst werden allerdings noch nicht alle Waldflächen, die eine Kalkung nötig hätten, behandelt. Eine Ausweitung der Kalkung sollte daher durch die Länder in ihrer Verantwortung geprüft werden.

Als letztes Mittel der Wahl müssen auch Pflanzenschutzmittel für den Forstbereich zur Verfügung stehen. Die Wiederzulassung, die Verlängerung der Zulassung und die Notfallzulassung von chemischen und biologischen Pflanzenschutzmitteln ist zu beschleunigen. Der Einsatz solcher Mittel muss fachlich fundiert und wissenschaftlich begründet entschieden werden und auch in den Sonderfällen der Waldschutzgebiete und der zertifizierten Waldflächen möglich sein.

7. Wälder naturnah bewirtschaften

Die ideologisch motivierte Stilllegung von Waldflächen lehnen wir Freie Demokraten grundsätzlich ab. Verrottende Bäume stellen keinen Benefit für den Klimawandel dar. Im Gegenteil führen Waldstilllegungen sogar zu einer langsameren Bindung des CO₂ etwa dann, wenn Schädlinge sich ungehindert im Wald ausbreiten, wo bei einer naturnahen Waldbewirtschaftung dagegen befallenes Holz aus dem Wald herausgeholt werden kann. Auf diese Weise haben die Schädlinge, wie der Borkenkäfer derzeit in der Sächsischen Schweiz, die Möglichkeit, sich ungehindert auszubreiten. Deshalb fordern wir auch eine Abkehr von dem im Koalitionsvertrag formulierten Ziel der Bundesregierung, weitere Waldflächen in Deutschland sich selbst zu überlassen – vielmehr muss auch auf bereits stillgelegten Flächen eine restriktive Bewirtschaftung wieder ermöglicht werden, um ein Absterben des Waldes zu vermeiden.

8. Task Force zur Rettung der Wälder

Die Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern müssen neu geordnet werden. Wir Freie Demokraten erwarten vom Bund eine koordinierende Rolle statt Zurückhaltung. Waldschutz hört nicht an Ländergrenzen auf, sondern geht Hand in Hand. Vor allem aber sind die beteiligten Akteure an einen Tisch zu holen: Neben den Forstexperten aus den Ministerien des Bundes und der Länder sind das die Waldbesitzer, die Holzwirtschaft und Experten für Waldgesundheit, etwa aus Verbänden. Zur Rettung der Wälder fordern wir daher die Bildung einer Task Force auf Bundesebene, die im Konsens der Länder ein Maßnahmenpaket schnürt.

Es ist wichtig, Schadholz schnell aus dem Wald zu holen und zu


konservieren. Nach schweren Stürmen kann diese Arbeit jedoch viele Monate dauern. Wir Freie Demokraten wollen daher die Erhöhung der Zuladung von Holztransportern generell zulassen, sofern technisch sichergestellt ist, dass der Straßenkörper nicht übermäßig belastet wird.

9. Aufforstungen international fördern

Klimaschutz und Entwicklungspolitik sind untrennbar miteinander verbunden. Im Pariser Abkommen verpflichteten sich 195 Staaten, bis zum Ende dieses Jahrhunderts die Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad Celsius zu begrenzen. Um die Konzentration an CO₂ in der Atmosphäre zu reduzieren, wollen wir die Multifunktionalität der Wälder weltweit nutzen. Die Leistung der Wälder, CO₂ zu binden, hängt von der Region ab. Während in borealen Regionen nur 0,4 bis 1,2 Tonnen CO₂ je Hektar und Jahr gebunden werden, sind es in tropischen Regionen 4 bis 8 Tonnen je Hektar und Jahr. Wir Freien Demokraten wollen zusätzlich zu den nationalen Maßnahmen zum Schutz der Wälder internationale Maßnahmen anstreben. Klassische Programme zur Ausdehnung und zur Anreicherung von Wäldern müssen wieder vermehrt in den Mittelpunkt von Entwicklungszusammenarbeit gestellt werden. Die Aufforstung von 350 Millionen Hektar Wald muss das international zu vereinbarende Ziel sein. Deutschland kann dazu mit zwei Prozent mehr Wald beitragen, diese Aufforstungen sollen mit geeigneten Maßnahmen gefördert werden. Wir brauchen eine internationale Strategie zur organischen CO₂-Speicherung, gerade auch in bestehenden entwicklungspolitischen Strategien integriert. Darunter benötigen wir auch ein nach Regionen und Staaten unterteiltes Konzept für Aufforstungen als ökologisch und sozioökonomisch interessante Alternative zu Agro-Plantagen oder Viehzucht. Es müssen ökonomische Modelle mit Zuschüssen aus den CO₂-Geldern entstehen, die Wald ökonomisch überlegen oder gleichwertig machen mit üblichen Agrarprodukten, die zur Waldvernichtung in tropischen Ländern beitragen.

10. Waldschutz in der Entwicklungszusammenarbeit fest verankern

Ein Großteil des Waldportfolios der Entwicklungsmittel Deutschlands müssen in multilaterale Programme der organischen CO₂-Speicherung investiert werden. Negative Waldbilanzen bei Partnerländern dürfen nicht weiter toleriert werden. Maßnahmen zur Verbesserung der Waldbilanz müssen ein festes Kriterium für wirtschaftliche, finanzielle und technische Zusammenarbeit in den Bereichen Naturschutz und Biodiversität werden. Aufforstungen und Technologien zur Bindung und dauerhaften Speicherung



von Treibhausgasen müssen dann auch so in laufende Programme der ländlichen Entwicklung eingebaut werden, dass sie zum Erreichen sowohl der globalen Klimaziele als auch der Entwicklungsziele der betreffenden Länder und Regionen beitragen.

Ansprechpartner:
Frank Sitta MdB, stellvertretender FDP-Fraktionsvorsitzender
Telefon: 030 227 - 77510 - E-Mail: frank.sitta@bundestag.de